



Zentrale Materialdepots für kreislaufgerechte Kommunen

Autor:innen

Jakob von Blomberg

Hanna Wissner

Lukas Refle

Nick Potter

Luis Schwarzenberger

Wie können Materialdepots Kommunen auf dem Weg zur Kreislaufwirtschaft unterstützen?

Zusammenfassung

Zentrale Materialdepots ermöglichen es, in Zusammenarbeit mit kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieben große Mengen an Materialien zu retten und wieder in den Kreislauf zu integrieren. Dabei sind sie weit mehr als bloße Zwischenlager für Materialien wie Kleinteile, Möbel, Requisiten, Bühnenbilder sowie Bau- und Ersatzteile. Das Herzstück dieser Depots bildet die Sammlung, Sortierung, Aufbereitung und Weitervermittlung der Materialien. Die Einrichtung solcher Materialdepots in Kommunen bringt zahlreiche Vorteile mit sich, die ökologische (Ressourcenschonung, Abfallvermeidung, CO₂-Reduktion), wirtschaftliche (Kosteneinsparungen, Stärkung der lokalen Wirtschaft, Förderung von Innovationen) und soziale Dimensionen (Stärkung von Gemeinschaft und Teilhabe) umfassen. Darüber hinaus werden kreative Ökosysteme und lokale Gemeinschaften nachhaltig gefördert. Eine digitale Datenbank erfasst detailliert die Materialbestände, um deren „smarte“ Wiederverwendung zu optimieren und die Zugänglichkeit für die Nutzer zu erleichtern. Durch gezielte Vermittlungs- und Bildungsarbeit trägt das Depot maßgeblich zum Wandel von einer „Wegwerfgesellschaft“ hin zu einer „Circular Society“ bei, in der Ressourcen nachhaltig genutzt werden. Auf diese Weise leisten Materialdepots einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung von EU- und nationalen Abfallrichtlinien sowie Klimazielen, insbesondere im Rahmen der Abfallhierarchie und der Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie.



Download Roadmap
Materialdepots

WO LIEGEN DIE HERAUSFORDERUNGEN?

Trotz der allgegenwärtigen Klima- und Ressourcenkrise hat sich der globale Materialverbrauch in den vergangenen 100 Jahren verdreifacht (1), und es wird erwartet, dass dieser bis 2050 um weitere 17 % ansteigen wird (2). Politisch wurde darauf mit dem European Green Deal (3) und dem Circular Economy Action Plan (4) auf europäischer Ebene sowie der neuen Nationalen Kreislaufwirtschaftsstrategie (5) auf Bundesebene reagiert. Auch das gemeinsame Abfallvermeidungsprogramm „Wertschätzen statt Wegwerfen“ (6) von Bund und Ländern zielt darauf ab, auf allen Ebenen Handlungsansätze zur Abfallvermeidung aufzuzeigen und umzusetzen. Weltweit machen sich bereits Länder und Kommunen auf den Weg und treiben den Übergang zu einer zirkulären Wirtschaft voran (7).

WIEDERVERWENDUNG ALS SCHLÜSSEL?

Ein zentraler Bestandteil der Abfallvermeidung ist die Wiederverwendung von Rohstoffen und Materialien. Um dies zu ermöglichen, bedarf es einer entsprechenden Infrastruktur, wie sie durch Materialdepots bereitgestellt werden kann. Schon heute existieren in vielen Kommunen sogenannte (oft selbstorganisierte) Materialinitiativen, die sich diesen Herausforderungen aktiv stellen. Für eine effektive Umsetzung sind jedoch strategische Partnerschaften und geeignete Rahmenbedingungen erforderlich.

1 Krausmann, Fridolin; Gingrich, Simone; Eisenmenger, Nina; Erb, Karl-Heinz; Haberl, Helmut; Fischer-Kowalski, Marina (2009): Growth in global materials use. GDP and population during the 20th century. In: Ecological economics. Jg. 68 (10), S. 2696-2705.

2 <https://www.unenvironment.org/explore-topics/green-economy> (Abruf 16/09/24)

3 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en (Abruf 16/09/24)

4 https://environment.ec.europa.eu/strategy/circular-economy-action-plan_en (Abruf 16/09/24)

5 <https://www.bmuv.de/themen/kreislaufwirtschaft/kreislaufwirtschaftsstrategie> (Abruf 16/09/24)

6 vgl.: Beschluss Zero.Waste.City Kiel von 2020; Beschluss Zero WasteCity Leipzig vom 13.10.2021 (VII-A-05494) oder Beschluss des Münchner Stadtrats "Circular Munich - Kreislaufwirtschaft für ein nachhaltiges München" vom 02.07.2020.

7 <https://material-initiativen.org/> (Abruf 15/09/24)

HANDLUNGSBERDARF

Ökonomie/ Raum/ Expertise Verwaltung und Recht

1.CO2-Reduktion durch Materialdepots als messbares Ziel verankern

Die CO2-Einsparung durch Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft sollte stärker in die politischen Klimaziele integriert werden. Es sollten spezifische Vorgaben für Kommunen und Unternehmen formuliert werden, um die CO2-Emissionen durch Abfallvermeidung und Wiederverwendung zu senken. Dies könnte durch Zertifikate, Berichterstattungspflichten oder freiwillige Vereinbarungen gefördert werden.

2.Bildungs- und Sensibilisierungskampagnen unterstützen

Gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsmaßnahmen zur Stärkung des Bewusstseins für Kreislaufwirtschaft und Wiederverwendung sind unerlässlich. Die Politik sollte Aufklärungsprogramme finanzieren, um die Bevölkerung über die Vorteile und Möglichkeiten von Materialdepots zu informieren. Bildungseinrichtungen könnten außerdem Projekte und Kurse zur Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft anbieten.

3.Etablierung von intermediären Steuerungsgruppen für konstanten Wissenstransfer

Die Einrichtung von Steuerungsgruppen, bestehend aus relevanten Stakeholdern (Stadtreinigung, Referate, Politik, Materialinitiativen), fördert den Austausch zwischen freien Trägern und der Verwaltung. Diese Gruppen sichern die Zielvorgaben (Circular City, Klimaziele, CO2-Reduktion) und ermöglichen eine flexible Weiterentwicklung.

4. Kommunale Flächen für Reallabore proaktiv zur Verfügung stellen

Kostengünstige Mietkonditionen oder die Aktivierung von Leerständen entlasten Materialinitiativen finanziell. Gleichzeitig ist die Bereitstellung von Infrastruktur für Kreislaufprozesse von entscheidender Bedeutung. Investitionen in Lager-, Verarbeitungs- und Transportkapazitäten sind daher notwendig.

5. Legislative Kreativität - rechtliche Rahmenbedingungen anpassen

Die Politik sollte bürokratische Hürden abbauen und klare, flexible rechtliche Rahmenbedingungen schaffen, die Materialinitiativen und die kommunale Zusammenarbeit erleichtern. Dazu gehört die Anpassung von Abfall-, Bau- und Recyclingvorschriften, um die Entnahme wertvoller Materialien aus dem linearen Verschrottungsfluss zu ermöglichen. Es sollten spezielle Regelungen geschaffen werden, die die Wiederverwendung von Materialien einfacher und kostengünstiger gestalten.

6.Von der Entsorgungsgebühr zur Wiederverwendungsgebühr

Privatwirtschaftliche Unternehmen sowie städtische Kunst- und Kulturinstitutionen zahlen in der Regel Entsorgungsgebühren, um auch verwertbare Mischmaterialien zu entsorgen. Die Wiederverwendungsgebühr knüpft an dieses Prinzip an, indem zentrale Materialdepots brauchbare Ressourcen abnehmen und diese als feste Kooperationspartner in den städtischen Materialkreislauf überführen.

7.Klimarendite durch Regelförderung und finanzielle Anreize

Eine institutionelle Förderung von Materialdepots schafft Planungssicherheit und ermöglicht eine solidarische Preisgestaltung, die einen niedrighwelligen Zugang für alle gewährleistet. Die Politik kann zudem finanzielle Anreize bieten, um Investitionen in die Infrastruktur und Projekte der Kreislaufwirtschaft zu fördern. Auch steuerliche Erleichterungen für Unternehmen und Kommunen, die auf Wiederverwendung setzen, könnten das Engagement steigern.

8.Kooperationsplattformen und Netzwerke fördern

Die Politik kann Plattformen und Netzwerke schaffen, um den Austausch zwischen Kommunen, Materialinitiativen, Unternehmen und der Wissenschaft zu erleichtern. Solche Kooperationsplattformen fördern den Wissenstransfer, die Entwicklung gemeinsamer Projekte und die Lösung von Koordinationsproblemen. Digitale Tools können dabei unterstützen, indem sie Akteure vernetzen und den Zugang zu Materialien und Projekten erleichtern.

Best Practice**1. The Chemnitz Way: Im partizipativen Sprint zur Materialinitiative**

Seit Juli 2023 initiiert das Kulturhauptstadtbüro Chemnitz einen partizipativen Prozess zur Materialinitiative. Bürgerstiftung und Umweltzentrum unterstützen. Bis 2025 soll eine Materialvermittlungsstelle eröffnet werden.

2. Leipzigs Wiederschön: Ein Conceptstore der Kreislaufwirtschaft

Die Stadtreinigung Leipzig und das Amt für Wirtschaftsförderung arbeiten am Ziel der Klimaneutralität bis 2030. In den Höfen am Brühl entstand ein Concept-Store, der Material vermittelt, zirkuläre Dienste anbietet und Bildungsarbeit leistet.

3. treibgut München

Die Initiative treibgut ist Teil der Kreislaufstadt und sichert durch Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung langfristige Planung. Eine zentrale Fläche im Kreativquartier und diversifizierte Einnahmen garantieren den Betrieb der Materialvermittlung.

Autorschaft



Jakob von Blomberg

Studiert Philosophie, Politik und Ökonomik (B.A.) an der Universität Witten/Herdecke. Im Rahmen seines Studiums beschäftigt er sich intensiv mit der Schnittstelle zwischen politischen, wirtschaftlichen und philosophischen Fragestellungen. Sein Interesse gilt besonders der nachhaltigen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft.



Hanna Wissler

Hat Liberal Arts and Sciences in Freiburg studiert und engagiert sich in verschiedenen städtischen und kulturellen Initiativen.



Lukas Refle

B.A. Politikwissenschaften, M.A. Urbane Zukunft
Teil der Koforschungsgruppe.
Politikwissenschaftler und Urbanist.
Gründungsmitglied der Materialinitiative Materialbuffet in Leipzig, aktuell Teil der Initiative FOR:UM (Team Zirkuläres Bauen/ konglomerat e.V.) in Dresden..



Nick Potter

Als Tischler und Designer ist Nick Potter Gründungsmitglied von studio formagora, einem Designstudio für transformative Prozesse und partizipative Produktionsprozesse aus Münster.
Dort befasst er sich intensiv mit lokalen Materialkreisläufen und dem Wert gebrauchten Materials.



Luis Schwarzenberger

B.E. Kartographie & Geoinformatik, cand. M.S. Raumentwicklung
Vorstand Konglomerat e.V. Teil der Materialvermittlung Dresden,
Gründungsmitglied FOR:UM Initiative

Kontakt: matinis@urbane-liga.de

Urbane Liga

Jugendforum für Stadtentwicklung

Die Urbane Liga ist ein Projekt des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und ist Teil der Begleitforschung der Städtebauförderung. Ziel des Projekts ist es, einen Möglichkeitsraum für junge Menschen zu schaffen, die über ihre Städte diskutieren und diese aktiv mitgestalten möchten. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) setzt das Projekt für das BMWSB um. Das Projekt wird unterstützt durch das Büro stadttatstrand – Kreativer Umgang mit urbanem Raum.

